

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht

Alter Wein in neuen Schläuchen?

Marina Damert

Immer mal wieder ist die allgemeine Wehrpflicht Gegenstand in der Politik. Die aktuelle Situation in der Ukraine verstärkt nun die Diskussionen der Politiker zu dieser Thematik. Die Wehrpflicht besteht seit 1956 und ist im Wehrpflichtgesetz geregelt. Demnach sind alle deutschen Männer ab dem 18. Lebensjahr wehrpflichtig. 2011 wurde dieses Gesetz zwar ausgesetzt, allerdings nicht abgeschafft. Geändert wurde es dahingehend, dass die Pflicht zum Dienen erst im Falle eines drohenden Waffenangriffs auf Deutschland gilt.

Während die Politiker der verschiedenen Fraktionen sonst so unterschiedliche Meinung haben, verbindet einige angesichts dieser Thematik doch ein Ziel: Die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Bodo Ramelow von den Linken, ehemalige CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer und auch der Sprecher der SPD-Bundstagsfraktion Wolfgang Hellmich äußern sich klar für eine Wehrpflicht in Deutschland. Dabei soll es laut ihnen „zuerst um ein verpflichtendes soziales oder gesellschaftliches Jahr, in dem jede und jeder zwischen 18 und 25 Jahren einen solidarischen Dienst an der Gesellschaft tun soll [...]“ gehen.¹ Über die genauere Ausgestaltung des Gesellschaftsjahres wird seitens der genannten Politiker nichts weiter ausgesagt. Auch das Thema Wehrgerechtigkeit wird nicht angesprochen: Vor dem Aussetzung der Wehrpflicht entgingen auch viele der wehrtauglichen Rekruten dem Dienst an der Waffe.

Im Vergleich zu früher wird jedoch darüber diskutiert, inwieweit diese Pflicht auch für Frauen gelten soll. Denn eine Wehrpflicht nur für Männer sei nicht mehr zeitgemäß und widerspräche dem Sinn für Gleichberechtigung, welcher heute einen



Marina Damert

Abteilung Soziologie

Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd

hohen Stellenwert in der deutschen Gesellschaft habe. Bei einer heutigen Wiedereinführung dieser Pflicht sollen alle 18 bis 25-Jährigen wählen können, ob sie die Gesellschaft mit einem sozialen Dienst in beispielsweise der Pflege, der Kinderbetreuung, bei der Feuerwehr oder mit dem Dienst an der Waffe unterstützen. „Junge Menschen hätten so die Wahl zwischen einem sozialen Dienst oder einer militärischen Ausbildung, bei der sie zu modernen Hightech-Soldatinnen und -Soldaten ausgebildet werden.“²

Die Sozialverbände sind skeptisch

Bemerkenswert ist die Abneigung der Sozial- und Wohlfahrtsverbände, die eigentlich von einem verpflichtenden Gesellschaftsjahr profitieren sollten. Caritas-Präsident Peter Naher zum Beispiel sagt:

„Es gibt viele gute Gründe darüber nachzudenken, wie man in unserer Gesellschaft den Zusammenhalt fördern kann und Menschen dazu bringt, sich zu engagieren. Eine Dienstpflicht erscheint uns dafür aber nicht der richtige Weg“. Er setzt lieber darauf, freiwillige Dienste durch Anerkennung und Finanzierung ansprechender für junge Erwachsene zu gestalten.³

AWO-Chef Wolfgang Stadler hat ebenfalls eine klare Meinung zu dieser Thematik:

„Die Idee eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres ist eine doppelte Mogelpackung: weder stärken wir die Solidarität und den Gemeinsinn junger Menschen, wenn wir sie in einen Pflichtdienst zwingen, noch erreichen wir damit etwas gegen den Fachkräftemangel im sozialen Bereich.“⁴

Auch die Diakonie hält „eine gesellschaftlich-soziale Dienstpflicht weiterhin für die zweitbeste Idee.“. Sie hat sich stattdessen für eine Stärkung der nationalen und internationalen Freiwilligendienste wie zum Beispiel einem FSJ oder BFD geäußert, bevor eine allgemeine Wehrpflicht einberufen wird.⁵

Lässt sich der Eingriff in die Freiheitsrechte rechtfertigen?

„Eine Berufs- bzw. Freiwilligenarmee ist angemessen. Wer sich dafür entscheidet, weiß, was er oder sie tut, hat die eigene Entscheidung hoffentlich gut überlegt, wird angemessen entlohnt.“¹² In der mittelbadischen Lokalpresse heißt es hierzu:

„Jemanden zu zwingen, unsere Freiheit zu verteidigen, ist für mich ein völlig absurder Gedanke.“⁶ Dass der Staat über die Lebenszeit der jungen Menschen bestimmt, ist für sie ein klarer Eingriff in die Freiheitsrechte, welche wir alle in Deutschland lebenden genießen. „Das Recht auf Selbstbestimmung ist für mich das stärkste Argument gegen eine Wehrpflicht.“⁶

Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger und Verteidigungspolitiker Marcus Faber (beide FDP) sekundieren:

„Kinder und Jugendliche bräuchten nach der Corona-Pandemie nicht auch noch einen staatlichen Eingriff in ihren Lebenslauf.“⁷ „Eine Dienstpflicht zu fordern, insbesondere für junge Menschen, hat mit der Sicherheitssituation in unserer Republik nichts zu tun und sollte in dieser Debatte jetzt auch ausschließen.“

den. Wir müssen uns jetzt darauf konzentrieren, die Situation und Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zu verbessern.“¹³

Betrachtet man den Bundesfreiwilligendienst jedoch genauer, fällt folgendes auf: „Weil er miserabel bezahlt ist, zieht er vor allem diejenigen an, die es sich leisten können. Weil er freiwillig ist, kommen in erster Linie die ohnehin Engagierten.“¹⁵ Junge Erwachsene aber zu einer solchen Pflicht zu zwingen, lehnt Thomas Andonie, der Bundesvorsitzende der BDKJ (Bund der Deutschen Katholischen Jugend), als „sicherheitspolitisch nicht gerechtfertigte Einschränkung der verfassungsmäßig garantierten Freiheitsrechte“ ab.¹⁴

Militärbischof Sigurd Rink hingegen äußert sich in der Augsburger Allgemeinen deutlich für die Einführung der Wehrpflicht. Er erhofft sich eine Armee, die ein Spiegelbild der Gesellschaft abbilde:

Seines Erachtens ist die Bundeswehr momentan ein abgesonderter Teil der Gesellschaft. „Die Aussetzung der Wehrpflicht führt dazu, dass immer mehr Menschen von der ökonomischen Verliererseite in die Bundeswehr eintreten.“¹⁵ Hinzu komme die Tatsache, dass die meisten der aktuellen Berufssoldaten aus der Zeit der Wehrdienstpflicht kommen und nach Ende der Pflicht geblieben sind. Wird die Entwicklung bei einer Wiedereinführung genauso verlaufen, wächst die Gruppe der Berufssoldaten automatisch wieder.“

„Die Wehrpflicht garantiert eine Armee aus dem Volk für das Volk.“ Aus soziologischer Sicht kommen so Menschen aus verschiedenen sozialen Milieus zusammen, „[...] die einem im "zivilen" Leben schlicht verborgen geblieben wären.“¹⁶ So wird gleichzeitig der Gemeinsinn der Gesellschaft bekräftigt.

Lässt sich der sozialen Zusammenhalt erzwingen?

Die Idee, mittels eines verpflichtenden Gesellschaftsjahrs, junge Menschen aller Klassen und Schichten zusammenzubringen und für das Gemeinwohl zu motivieren, hat durchaus ihren Charme, findet auch die taz-Redakteurin Carolina Schwarz. Doch dann erinnert sie sich des verpflichtenden Sozialpraktikums in ihrer Schulzeit:

„Die meisten hatten keinen Bock und entschieden sich dann meist für den Kindergarten als Arbeitsort. Vermutlich, weil sie dachten, das sei am wenigsten Arbeit. Dementsprechend fiel dann auch das Feedback der Erzieher:innen aus, das an unsere Lehrer:innen weitergegeben wurde. Denn statt einer Hilfe hatten sie mit nörgeligen Teenagern, die im Weg standen, eine zusätzliche Belastung am Arbeitsplatz. Ähnlich stelle ich mir das bei einem verpflichtenden sozialen Jahr nach Schulabschluss vor. Denn auch wenn es selbstverständlich einzelne Personen gibt, die sich durch ein Pflichtjahr für einen sozialen Beruf begeistern könnten, sollte man sich fragen, wer von so einer Verpflichtung wirklich profitiert? Die ohnehin schon überarbeitete Pfleger:in, die in ihren Überstunden nun auch noch missmutige 18-Jährige herumkommandieren soll? Die Schulabgänger:in, deren Zukunftspläne aufgehoben werden? Oder die zu pflegende Person, die sich mit einer unausgebildeten Hilfskraft konfrontiert sieht?“¹⁶

Berufsarmee und (die Kosten der) Wehrpflichtigenarmee

Eberhard Zorn, Generalinspekteur der Bundeswehr, äußert sich eindeutig:

„Für den Kampf im Cyberraum, um nur ein Beispiel zu nennen, sind Wehrpflichtige absolut ungeeignet.“⁸ Eine breite Masse an Soldaten und Soldatinnen macht unser Land nicht automatisch wehrfähig. Es erfordert gut ausgebildete Spezialisten und Spezialistinnen, die sich freiwillig für einen solchen Dienst melden und Jahre lang dabeibleiben.²

CSU-Verteidigungsexperte Florian Hahn betont ebenfalls:

„Wir brauchen Technologie und Waffensysteme und keine Köpfe“⁹

Die AFD beispielsweise schlägt vor, jährlich ca. 30.000 Wehrpflichtige einzuberufen. Aktuell zählt die Bundeswehr jedoch gerade mal 180.000 Soldaten und Soldatinnen, von denen auch noch einige auf Auslandseinsätzen sind. Eine angemessene Ausbildung können alle Wehrpflichtigen so nicht genießen. Hinzu kommt, dass durch die Aussetzung der Wehrpflicht viele Kasernen verkleinert und teilweise sogar abgerissen wurden. Von ehemals 700 Kasernen gibt es heute noch 250. Alle betroffenen Altersjahrgänge unterzubringen sei unmöglich.¹⁰

Gleichzeitig ist es aus finanzieller Sicht unmöglich, in kürzester Zeit mehrere hundert Kasernen aufzustocken, um den Wehrpflichtigen eine Unterkunft und eine angemessene Ausbildung zu bieten. Die Bundeswehr ist nicht gewappnet, eine solche Masse an jungen Menschen aufzunehmen und zu versorgen. Der Wiederaufbau und die Vergrößerung würde das Land viel Zeit und vor allem auch Geld kosten, welches es nicht zur Verfügung hat. „Es mangelt an allem, Treibstofflagern, Ersatzteilen für Hubschrauber, überhaupt an Ausrüstung, um eine Armee zu unterhalten, die abschrecken kann.“¹¹

Sturm im Wasserglas?

Auch wenn die Diskussion um Wehrpflicht und Dienstpflicht im Schwang ist, dürfte sie auf absehbarer Zeit nicht zu einer Wiedereinführung führen. Das jedenfalls meint abschließend auch die taz:

Immerhin gibt es bereits erste Anzeichen, dass die Debatte wieder verpuffen wird: Denn Mehrheiten zeichnen sich für eine Verfassungsänderung, die für eine allgemeine Dienstpflicht erforderlich wäre, nicht ab. Sowohl (der stellvertretende CDU-Vorsitzende Carsten, MdB) Linnemann als auch (SPD-Verteidigungssprecher Wolfgang, MdB) Hellmich erfuhren direkten Widerspruch aus ihren eigenen Parteien. CSU-Verteidigungssprecher Florian Hahn sagte, dass die Forderung am Bedarf der Bundeswehr vorbeigehe. Die Wehrbeauftragte der Bundesregierung, Eva Högl (SPD), nannte die Debatte eine „theoretische Diskussion“, die aktuell nicht weiterhelfe.¹⁷

Fazit: zu vieles ist offen, zu vieles unklar: Weder werden die genauen Kosten beziffert, die mit der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht verbunden wären, noch wird präzisiert, wie eine Dienstpflicht ausgestaltet werden würde. Unklar schließlich auch, wie mit dem Problem der Wehrgerechtigkeit umgegangen würde. Denn seinerzeit, vor Aussetzung der Wehrpflicht, wurde der Großteil der jungen Männer gar nicht mehr eingezogen.

Quellen

- 1 <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wehrpflicht-und-dienstpflicht-was-der-gesetzgeber-beachten-muss-17858668.html?premium>
- 2 <https://www.sueddeutsche.de/meinung/jugend-krieg-bundeswehr-1.5569168>
- 3 <https://www.domradio.de/artikel/freiwillige-eine-kraftquelle-dank-ihrer-motivation-und-begeisterung-cdu-erwaegt>
- 4 <https://www.augsburger-allgemeine.de/politik/debatte-pro-und-kontra-soll-die-wehrpflicht-wieder-engefuehrt-werden-id61942576.html>
- 5 <https://taz.de/Pro-und-Contra-zum-Gesellschaftsjahr/!5521191/>
- 6 https://www.stadtanzeiger-ortenau.de/ortenau/c-panorama/wiedereinfuehrung-der-wehrpflicht_a72469
- 7 <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.verteidigung-debatte-ueber-allgemeine-dienstpflicht-neu-ausgeloest.ba54399d-3226-415d-bb53-2daa9cfad7d7.html>
- 8 https://www.focus.de/politik/deutschland/nach-forderung-von-spd-und-union-bundeswehr-generalinspekteur-lehnt-wiedereinfuehrung-der-wehrpflicht-ab_id_61701333.html#:~:text=Der%20Generalinspekteur%20der%20Bundeswehr%2C%20Eberhard,der%20Funke%20Mediengruppe%20vom%20Mittwoch
- 9 <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-03/bundeswehr-allgemeine-dienstpflicht-debatte>
- 10 <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article228856863/Pro-und-Contra-War-die-Aussetzung-der-Wehrpflicht-richtig.html>
- 11 <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/abschreckung-deutschland-ist-nicht-vorbereitet-17833960.html?premium>
- 12 <https://zeitzeichen.net/node/7901>
- 13 <https://www.tagesschau.de/inland/debatte-wehrpflicht-101.html>
- 14 <https://www.katholisch.de/artikel/18497-wehrpflicht-bdkj-dagegen-katholische-soldaten-dafuer>
- 15 <https://www.domradio.de/artikel/militaerbischof-stellt-aussetzung-der-wehrpflicht-infrage>
- 16 <https://taz.de/Fuer-und-Wider-zu-Gesellschaftsjahr/!5838440/>
- 17 <https://taz.de/Debatte-um-Aufruestung/!5835458/>